

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. — Postzeitungssliste Nr. 3167

## Inhalt:

Der Hamburger Gewerkschaftskongress. III. — Die freien Gewerkschaften 1907. — Auch die Baldarbeiter marschieren! — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Verbandsstil. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Der Hamburger Gewerkschaftskongress.

### III.

Mußten wir das wenig erfreuliche Kapitel der Grenzstreitigkeiten im letzten Artikel ausführlich behandeln, so sei uns nunmehr vergönnt, einen größeren Auszug aus dem Referat H. Rolkens über die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

#### die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

Allseitig ist anerkannt worden, daß dieses Referat den Höhepunkt der Hamburger Tagung bedeutete. Deshalb empfehlen wir allen Kollegen und Kolleginnen, sich in die nachfolgenden Darlegungen aufmerksam zu vertiefen. Man wird so einen zusammenfassenden Überblick über die soziale Gesetzgebung gewinnen.

Es hat Zeiten gegeben, und es mag auch heute noch vereinzelt der Fall sein, wo man der Meinung war, daß ein gewisser Gegensatz zwischen der Arbeiterschutzesgesetzgebung oder der sozialen Gesetzgebung und der Tätigkeit der Gewerkschaften besteht; daß alles das, was im Interesse der Arbeiter zu geschehen hat, lediglich durch die ökonomische Macht der Arbeiter erreicht werden kann. Aber man kommt doch immer mehr zu der Überzeugung, daß es hier ein Tätigkeitsgebiet gibt, auf welchem man nach beiden Richtungen hin tätig sein kann. Im großen und ganzen sind die Gewerkschaften gewissermaßen die Pioniere auf diesem Gebiete. Sie beweisen sehr oft durch die Praxis, daß scheinbar unüberwindbare Forderungen durchaus durchführbar sind, ja daß ihre Durchführung im Interesse aller Arbeiter liegt. Nun haben die Gewerkschaften sich zum Teil sogenannte politische Programme gegeben, die Christlichen und die Sozialdemokratischen stellen in ihrem politischen Programm zum Teil Forderungen auf, welche die Leute, die von ihnen in den Reichstag oder Landtag gewählt werden, niemals zu vertreten gedenken.

Es handelt sich in der vorgelegten Resolution keineswegs darum, ein bestimmtes politisches Programm für die freien Gewerkschaften aufzustellen, sondern es soll die Aufmerksamkeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf eine Reihe von Forderungen gerichtet werden, deren Durchsetzung im allgemeinen Interesse der Arbeiterklasse liegt. Das, was eigentlich unser Programm ist, das Programm der Arbeiterklasse, kann ja nicht willkürlich gemacht werden, sondern es wird sich immer darum handeln, allgemeiner werdende Missstände auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen, und der Kapitalismus zeitigt ja immer aufs neue solche Missstände.

Die kapitalistische Entwicklung ging von der Forderung aus, daß alle Schranken hinweggeräumt werden müssen und nahm an, daß die Verhältnisse sich so entwickeln würden, wie es im Interesse der Allgemeinheit geboten ist. Die Beseitigung der Schranken auf wirtschaftlichem Gebiete im Interesse der herrschenden Massen hatte aber auch ihre bedenklichen Seiten. Je mehr Spielraum der Starke im wirtschaftlichen Kampfe bekam, desto mehr wurde der

Schwache unterdrückt, und so war es gerade die Arbeiterklasse, die nach der Beseitigung aller Schranken am meisten zu leiden hatte. Der Gedanke, möglichst für alle Waren Absatz zu schaffen, die Waren mit der Waffe „Billigkeit“ auszurüsten, war der Fundamentalsatz, von dem die Anhänger der sogenannten Manchestertheorie ausgingen. Billige Arbeitskräfte waren nach ihrer Meinung des Rätsels Lösung, der Idealzustand, außerdem recht wenig Lohn, recht lange Arbeitszeit und die Veranziehung recht vieler Leute zur Ausbeutung, schließlich auch der Frauen und Kinder war das Ziel.

Sehr bald aber mußte man erkennen, daß das auch seine bedenklichen Schattenseiten hat. Der schlecht ernährte überanstrengte Arbeiter ging in seiner Leistungsfähigkeit zurück, durch die Ausbeutung der Frauen wuchs die Säuglingssterblichkeit, überhaupt die Kindersterblichkeit, das ganze Volk wurde degeneriert, das war der Ausgangspunkt, der zum Erlaß einiger Schutzgesetze führte.

In Deutschland nahm die Arbeiterschutzesgesetzgebung ihren Anfang infolge von Anregungen seitens der Militärbehörde. Die Aushebungskommissionen klagten darüber, daß in den Industriebezirken sich immer weniger militärfähige Personen fanden. In Preußen wurde in Preußen am 6. April 1839 ein Regulative erlassen, welches die Annahme von Kindern unter 9 Jahren in Fabriken, Bergwerken, Koch- und Hammerwerken verbot. Im Jahre 1853 wurde dann in der preussischen Gewerbeordnung das Schulalter von 9 auf 12 Jahre heraufgesetzt und der Schulschulden tag für Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren geschaffen, jedoch also die Kinder neben der Schulzeit noch 6 Stunden in Fabriken arbeiten durften. Sehr weite Gebiete wurden aber noch für die Kinder ausbeutung freigelassen, die ja noch bis in die neueste Zeit in erheblichem Maße besteht, namentlich in der Landwirtschaft existiert noch die völlige Ausbeutungsfreiheit der Kinder, obwohl man doch auch die Hervorbringung der Waren der Landwirtschaft mit Zug und Pflug als Warenproduktion bezeichnen kann.

Um nun auch den Arbeitern eine Möglichkeit der Selbsthilfe zu geben, da es doch ein Widerspruch war, daß man auf der einen Seite dem Kapital vollständige Bewegungsfreiheit gab und auf der anderen Seite die Freiheit der Arbeiter durch die Koalitionsverbote einschränkte, wurden im Oktober 1867 die Koalitionsverbote für gewerbliche Arbeiter aufgehoben. In dieser Zeit setzte dann die Periode der sogenannten liberalen Gesetzgebung ein, die darauf abzielte, dem Kapitalismus die Wege zu ebnen. Um jene Zeit haben auch die Sozialdemokraten die Anregung zum Arbeiterschutz gegeben.

In die Gewerbeordnung von 1869 wurde dann übernommen, was in der preussischen Gewerbeordnung bereits stand. Im übrigen war von Arbeiterschutz darin recht wenig geredet. Ein weiteres Arbeiterschutzgesetz war dann das Haftpflichtgesetz von 1871. Durch das Haftpflichtgesetz wurde dem Arbeiter, wenn er Entschädigung erhalten wollte, der Nachweis auferlegt, daß der Unfall durch das Verschulden des Unternehmers oder seines Vertreters herbeigeführt war. Das war eine sehr schwierige Beweisführung, aber immerhin waren doch die Betriebsunternehmer verpflichtet, ihre Leute gegen Haftpflicht zu versichern, und sie haben seitherzeit an private Versicherungsanstalten meist an Versicherungen eisensoviel ausgegeben müssen, als ihnen durch das spätere Unfallversicherungsgebot und die anderen Arbeiterversicherungsgesetze abgenommen wurde.

Dann kann man auch wohl in das Gebiet der Arbeiterversicherung hineinrechnen das Gesetz über die Lohnbeschlagnahme von 1909, wonach den Arbeitern nicht ohne weiteres jeder Lohn gepfändet werden kann. Freilich lag das auch im Interesse der Unternehmer, die dadurch die Arbeiter erhalten, denn wenn dem Arbeiter der Lohn gepfändet wird, bleibt ihm nichts übrig, als seine Arbeitsstätte zu verändern, wenn er nicht verhungern will. Ein großer Teil der Arbeiter wurde aber von diesen Schutzgesetzen überhaupt nicht berührt.

Das Koalitionsrecht und die Gründung der Gewerkschaften hat es mit sich gebracht, daß ein Teil der Arbeiterversicherung, namentlich die Krankenversicherung, seinerzeit von den Gewerkschaften mit übernommen wurde. Dies Wirkungsgebiet der Gewerkschaften ein wenig einzugrenzen, war wohl der wesentliche Zweck des Hilfstaffelgesetzes von 1876. In denselben Jahre brachten die Sozialdemokraten abermals einen vollständig ausgearbeiteten Arbeiterschutzesentwurf beim Reichstag ein, in dem eine Reihe von Forderungen erhoben wurden, z. B. die Regelung der Gefängnisarbeit, die Regelung der Arbeitszeit der kaufmännischen Angestellten, die Arbeitslammern, Gewerbe-gerichte und die Sicherung des Koalitionsrechts.

1878 trat dann ein gewisser Umschwung in unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung ein, als der Grundriss des Freihandels, der in der liberalen Gesetzgebung die Hauptrolle spielte, aufgegeben wurde. Die Agrarier sahen, daß Deutschland mehr Getreide brauche, als in Deutschland produziert wird, war die Grundlage zur Gründung der Wirtschaftlichen Vereinigung gegeben, die auf einen Umschwung in der Zollgesetzgebung hinarbeitete. Um diesen Umschwung einzuleiten, wurde das Sozialistengesetz erlassen. Bei dessen Begründung sagte Bismarck, es läge nicht nur darauf an, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, sondern es müßten die begründeten Forderungen der Arbeiter erfüllt werden. Daß ein gewisser Umschwung in der Gesetzgebung nötig war, sahen auch die Agrarier und die Großfabrikanten ein. Als das Haftpflichtgesetz 1879 verabschiedet wurde, da war es Babel, der den Vorschlag machte, ein großes Reichsversicherungsamt zu gründen, in dem die Unternehmer verpflichtet sein sollten, sämtliche Arbeiter zu versichern, damit jeder verletzte Arbeiter Anspruch auf Entschädigung geltend machen könnte. Auch die Unternehmer erklärten sich allmählich dazu bereit. Der Zentralverband deutscher Industrieller forderte damals ein Unfallversicherungsgesetz, und Kommerzminister Baare hatte damals ein Gesetz ausgearbeitet, das bezweckte, daß die Unfallverletzungen nicht mehr der Armenklasse zur Last fielen, er wollte ihnen eine Unfallrente in Höhe der Armenunterstützung geben, womit dann jeder weitere Haftpflichtanspruch aufhören sollte.

1881 kam dann der Unfallversicherungsgesetzesentwurf an den Reichstag, der mit einer Resolution Windthorst angenommen wurde, welche eine Entschädigung der privaten Versicherungs-Gesellschaft verlangte. Infolge der Annahme dieser Resolution wurde das Gesetz vom Bundesrat abgelehnt. Dann kam im November 1881 die Kaiserliche Vorlesung, in der zunächst zweijährige Etatperioden gefordert wurden, ferner das Tabakmonopol, eine Verantheuerung und ein Teil dieser Einnahmen sollte dazu verwendet werden, die Arbeiterversicherung durchzuführen. Man wollte also erst einmal den Arbeitern die Taschen gründlich leeren, um ihnen dann einen Teil davon in der Form von Unterhaltungen wieder zukommen zu lassen. 1883 kamen dann die beiden Novellen zur Krankenversicherung, die damals Gesetz wurden. Man behielt aber alle die Massen, die bisher bestanden, bei. Die Leistungen blieben erheblich hinter den Erwartungen der Arbeiter zurück, als Mindestleistung wurde die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes als Kranken- und ein Viertel als Familienunterstützung in Aussicht gestellt. Den ortsüblichen Tagelohn setzte man damals in einzelnen Gemeinden auf 80 Pf. fest, so daß die Familienunterstützung 20 Pf. pro Tag betrug. Für die ersten drei Tage gab es gar nichts und dann wurde auf 13 Wochen unterstützt. Die damaligen Bureaukraten aber erklärten, daß sie diese Aufgabe nicht lösen könnten, man müsse daher einen Teil der Selbstverwaltung den Arbeitern überlassen, und so ist es gekommen, daß die Arbeiter die Krankenversicherung nach manchen Richtungen hin erheblich über die gesetzliche Mindestleistung hinaus ausgebaut haben.

1892 versuchte man dann die Krankenversicherung in Umfang zu bringen mit der Unfallversicherung, ließ aber insofern eine Lücke bestehen, als die Krankenversicherung nach dreizehn Wochen aufhörte, die Invalidenrente aber erst nach einem Jahr begann. Diese Lücke wurde erst 1903 ausgefüllt.

1899 hatte man das Invaliditätsgesetz geschaffen, das 1899 verabschiedet wurde. Von den Unternehmern und der Regierung

weist man immer auf die enormen Ausgaben hin, welche diese Gesetze verursachen. Man sagt, es sind in 20 Jahren 7½ Milliarden für diesen Zweck aufgebracht. Die Höhe der Ausgaben wird aber sehr minimal, sobald man sie auf den Kopf des Arbeiters und pro Tag berechnet. Dann ergibt sich, daß für gewerbliche Arbeiter pro Kopf und Tag 10 Pf., für Landarbeiter 4 Pf., und 3 Pf. für Arbeiter, die nicht gegen Unfall versichert sind, pro Tag ausgegeben worden sind. Auch die Behauptung, daß die Industrie diese Ausgaben zahlt, ist nicht haltbar. Schon Herr Ködiker hat zugegeben, daß diese Versicherungsbeiträge der Unternehmer ein feststehender Teil des Arbeitslohnes seien, und deshalb von den Fabrikanten nicht gezahlt, sondern lediglich ausgelegt würden.

Die Sozialdemokraten haben natürlich immer wieder versucht, auf Verbesserung des Arbeiterschutzes zu dringen. Als 1884 ein noch weiter ausgearbeiteter Gesetzesentwurf als der von 1876 von ihnen eingebracht wurde, erklärten sich auch andere Parteien dafür. Der erste internationale Kongress in Paris formulierte die Arbeiterforderungen, an deren Spitze er die Forderung des Achtstundentages stellte. Die machtvolle Demonstration der Vertreter der Arbeiterklasse aller Länder sollte den Unternehmern den Einwand rauben, daß durch den Arbeiterschutz das Land konkurrenzunfähig gemacht werden könne, indem man in allen Ländern die gleiche Forderung stellte.

1890 kamen dann die Februarnovellen. Bald darauf aber trat der Staatsrat in Preußen zusammen, wo, wie Stumm sich drastisch ausdrückte, sehr viel Wasser in den kaiserlichen Wein gegossen wurde. Es folgte die Gewerbeordnungs-Novelle, die von Verleisch eingeführt wurde und welche die Regelung der Sonntagsruhe, die Einschränkung des Trudsystems, die Schuttbestimmungen der §§ 120a bis 120e, die Mündigkeitsfristen der Techniker und Werkmeister, Bestimmungen über die Arbeitsordnungen, das Verbot der Kinderarbeit bis 13 Jahre, der Elftundentag für Frauen, etwas Wöchnerinnenschutz und daneben das bekannte Zucht hausgesetz brachte, wonach mit Zucht haus bis zu fünf Jahren bestraft werden sollte, wer öffentlich zu einem Streik aufforderte. Später wurden dann eine Anzahl Spezialgesetze und Verordnungen geschaffen. Aber die Durchführung steht auf einem anderen Blatt; die meisten Bestimmungen stehen solange auf dem Papier, wie die Arbeiter keine kräftigen Organisationen haben, um ihre Durchführung zu erzwingen. Sowohl die Periode Bismarck als auch die Periode Caprivi, Hohenlohe, Posadowsky beweisen, daß immer ein starkes Maß von Arbeiterfeindschaft in der Regierung vorhanden war. Niemand war das Koalitionsrecht gegeben, so erfolgten auch schon die Angriffe der Regierung 1871 durch den Vertragsbruchgesetzentwurf. Dann kam Tessenlof mit der Anwendung des § 8 des Vereinsgesetzes auf die Gewerkschaften, 1875 kam Eulenburg mit seinen famosen Strafgesetzbestimmungen, 1878 das Sozialistengesetz, dem fast alle Gewerkschaften zum Opfer fielen, und als sie sich dann 1886 wieder gründeten, kam der Ruffamerische Streikerloß, 1890 das Verleische Zucht hausgesetz, 1894 das Möllersche Umsturzgesetz, 1897 die Ver Mede, 1899 die Posadowsky'sche Zucht hausvorlage, und in neuerer Zeit das Berufsvereinsgesetz, dann das Vereinsgesetz mit seinem Sprachenparagrafen und den Bestimmungen über Jugendliche. Alles das sind doch nur Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Die Feindschaft von Staat und Reich gegen das Koalitionsrecht kommt am drastischsten zum Ausdruck in der Behandlung der Arbeiter bei der Eisenbahn, der Post, dem Bergbau. Hier ist von einem Koalitionsrecht keine Rede; es heißt, wir können den Arbeitern dies Recht im Interesse der Disziplin nicht geben. Daß das nicht aus Gründen der Disziplin geschieht, sondern daß da auch fiskalische Interessen obwalten, ergibt sich doch daraus, daß der Staat mit seinen Löhnen niemals so recht in die Höhe geht. Ja, in mander Beziehung ist sogar ein Lohnrückgang zu verzeichnen. Herr v. Thielen hat ja den Grundriss aufgestellt, daß die Privatindustrie ein Recht hat, zu fordern, daß der Staat nicht zu hohe Löhne zahlt, damit er ihr nicht die Arbeiter wegnimmt. Dieser Grundriss kann nur durchgeführt werden, wenn die Arbeiter nicht in Koalitionen vereinigt sind.

Die industrielle Entwicklung Deutschlands brachte es mit sich, daß große Unternehmerverbände entstanden, die sowohl wirtschaftliche als politische Bedeutung haben. Die Unternehmer befaßen sich bei ihren Zusammenkünften in den Berufsvereinsvereinigungen auch mit anderen Dingen; sie schafften Organisationen, die direkt gegen die Arbeiterorganisationen gerichtet sind. Auch ihr politischer Einfluß ist erheblich; es geht kaum ein Gesetzesentwurf im Reichstage ein, zu dem nicht so und so viel Petitionen von Unternehmer-



verbänden kommen; mindestens neunmal soviel Petitionen gehen von den Unternehmern aus, wie von den Arbeitern.

Auch mit den sogenannten Wohltaten, wie Arbeiterwohnungen, Pensionseinrichtungen, oder der Gründung gelber Gewerkschaften oder von Mahregelungsbureaus suchen die Unternehmer ihre Macht aufrecht zu erhalten. Aber die Unternehmerverbände haben auch wesentlich mit dazu beigetragen, daß das Kartell- und Syndikatswesen in Deutschland so entwickelt ist wie in keinem anderen Lande der Welt. Wertwirdig ist es, daß gerade die Kartelle ihren Einfluß geltend machen, um Arbeiterforderungen zu verhindern. Gerade da tritt die Notwendigkeit der sozialen Gesetzgebung um so mehr hervor, weil in dem Kartell das persönliche Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer völlig gelöst ist; an Stelle des Unternehmers tritt die Großbank, die nur Interesse an steigender Dividende hat. Allein der Stahlwerksverband produziert 11 Millionen Tonnen, annähernd den fünften Teil der ganzen Weltproduktion. Daß die Preise der Produkte der Kartelle ständig steigen, das lehren namentlich die Preise des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats. Ganz ähnlich ist es mit dem Stahlwerksverband; er hat das sogenannte Halbzeug in Händen; die kleinen Werke sind von ihm abhängig, er kann ihnen das Lebenslicht ausblasen. Im Jahre 1906 überstieg der Unternehmergewinn in diesen Betrieben bereits den Arbeitslohn. Und da sagen die Herren noch, sie können nicht mehr bezahlen. Teilt man das ein in die notwendige Arbeit und die Mehrarbeit, so würden bei 12 Stunden Arbeit im Jahre 1895 7 1/2 Stunden notwendige und 4 1/2 Stunden Mehrarbeit herauskommen, 1904: 5 1/2 bzw. 6 1/2 und 1906: 5 1/2 bzw. 6 1/2 Stunden. Also selbst bei gleichbleibender Intensität der Arbeit könnte die Achtstundenschicht durchgeführt werden. Zweifellos wird aber die Intensität steigen, sobald von der Zwölfstundenschicht zur Achtstundenschicht übergegangen wird. Man darf annehmen, daß in anderen Betrieben genau in derselben Weise vorgegangen werden könnte und auch vorgegangen werden müßte.

Durch das Sozialengesetz werden wir ja als nächstes Produkt der Sozialgesetzgebung die Witwen- und Waisenversorgung haben. Man darf aber dabei nicht stehen bleiben, sondern muß das ganze Gebiet der Versicherung erheblich ausbauen. Man muß z. B. mit den Forderungen für Unfallverletzte, für Invaliden erheblich weitergehen. Wir tapen da nicht mehr im Dunkeln, wir können ausrechnen, was das kostet. Die Mutterschafts- und Schwangerschaftsversicherung wäre schon erheblich billiger. Selbst wenn man Schwangere und Wöchnerinnen durchschnittlich mit 144 Mk. unterstützen würde, würde das mit 216 Millionen Mark möglich sein; die Arbeitslosenversicherung wäre mit 220 Millionen Mark durchzuführen. Vor allem kommt es darauf an, die bestehende Versicherung so auszubauen, daß sie ihren Zweck erfüllt. Die Arbeiter sollten mit ihren Forderungen nur hervortreten.

In erster Linie haben wir zu fordern die Arbeiterkammern und das Koalitionsrecht, weiter, daß alle Schutzbestimmungen zwingendes Recht sein sollen und daß eine gesetzliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge geschaffen werden soll. Selbstverständlich ist unsere Forderung auf Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtes für alle Arbeiter; die Grenzen zwischen den einzelnen Zweigen werden immer mehr verwischt; die Landwirtschaft greift in die Industrie über; es gilt nicht mehr das alte patriarchalische Verhältnis. Wir rechnen zu den Arbeitern alle die, die mit der Herstellung von Waren gegen Lohn und Gehalt beschäftigt sind. Für diese ein einheitliches Arbeiterrecht zu schaffen, muß Aufgabe der Gesetzgebung sein.

Es fragt sich nun: Was können die Arbeiter tun, um auf diesem Wege vorwärts zu drängen? Da kann den Arbeitern nur empfohlen werden, sich die Unternehmerverbände zum Vorbild zu nehmen. So wie die Unternehmer jedes Gesetz darauf prüfen, ob es für oder gegen ihre Interessen ist, und dann eventuell dagegen Sturm laufen, stellen es auch die Arbeiter machen. Aber auch da, wo die Gesetzgebung, wie es unter Bismarck der Fall ist, zum Stillstand kommt, da heißt es unter den unteren Schichten rumrücken und vorwärts drängen. Wenn die Millionen der unteren Schichten mit ihren Forderungen kommen, dann wird es auch vorwärts gehen, dann wird das, was heute nur als Melodie für die Sozialpolitik gilt, auch wirklich geschaffen werden. Aber das wird nur dann geschehen, wenn die Arbeiter ihre Kraft einsetzen und sich selbst derartiges erobern.

Die vom Gewerkschafts Kongreß zu diesem Punkt einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Durch die technische und kapitalistische Entwicklung wird die Produktivität der Arbeit gesteigert. Um alle Vorteile der Entwicklung auszunutzen zu können, vereinigen sich die Unternehmer in Kartellen, Arbeitgeberverbänden und ähnlichen Organisationen. Die Unternehmerverbände sind Machtfaktoren im wirtschaftlichen und politischen Leben, die den Kapitalprofit steigern, den politischen Einfluß der Unternehmer heben, aber die Arbeiter oft zu modernen Leibeigenen des Kapitals herabdrücken.“

Die Abhängigkeit der Arbeiter vom einzelnen Unternehmer wird gesteigert durch Mietsverträge bei Ueberlassung von Wohnungen, durch Pensionstafeln und andere sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, die aus den für Arbeitslohn bestimmten Summen unterhalten werden. Die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw. werden beschränkt und oft völlig vernichtet durch Verträge der in Unternehmerverbänden organisierten Kapitalisten.

Der große Einfluß der Unternehmerverbände (Zentralverband deutscher Industrieller usw.) auf Gesetzgebung und Verwaltung wird ausgenutzt, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter zu steigern. Jedes Gesetz sucht der Zentralverband so zu formen, wie es dem Ausbeuterinteresse entspricht.

Dem Beispiele der Unternehmerverbände müssen die organisierten Arbeiter folgen und alle Gesetzesvorlagen darauf prüfen, wie sie für die Arbeiter im allgemeinen und für die einzelnen Berufe im besonderen wirken. Alle Bedenken gegen ganze Gesetze oder einzelne Teile von Gesetzen sowie Verbesserungsvorschläge der Arbeiter müssen in Resolutionen zusammengefaßt und den gesetzgebenden Körperschaften zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Entstehung neuer Mißstände zu verhindern, fordert der Gewerkschafts Kongreß für alle Personen, die für Lohn oder Gehalt körperliche oder geistige Arbeitskraft in Dienste anderer stellen, ein einheitliches Arbeiterrecht, wodurch das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer so geregelt wird, daß die Arbeiter vor Ueberforderungen geschützt und die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter sichergestellt sind; ferner fordert der Gewerkschafts Kongreß den Erlass von Gesetzen und Verordnungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter und Einrichtungen, die den Arbeiter vor Versinken in Pauperismus soweit bewahren, als es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist.

Zusbesondere fordert der Kongreß:

I. Zur Sicherung der Rechtsverhältnisse:

1. Arbeiterkammern;
2. volle Koalitionsfreiheit für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen;
3. zwingendes Recht für alle zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetzesbestimmungen, damit sie nicht durch Verträge aufgehoben werden können;
4. eine gesetzliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge (Tarifverträge);
5. Verbot des Trucksystems in allen Formen

II. Zum Schutze von Leben und Gesundheit:

1. Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages;
2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
3. Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Arbeiten, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt des Nachts getan werden müssen;
4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 30 Stunden in der Woche für jeden Arbeiter;
5. durchgreifende gewerbliche Hygiene; Erlass von wirksamen Krankheitsverhütungsvorschriften;
6. Unfallverhütung; unter Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle.

III. Zur Bewahrung vor Versinken in Pauperismus:

Vereinheitlichung und Ausdehnung der Arbeiterversicherung unter der Selbstverwaltung der Versicherten.

- a) Entschädigungsbeträge bei den bestehenden Versicherungen, zweigeteilt in der Höhe, daß die Kranken, Verunglückten und Invaliden vor Not geschützt sind;
- b) Schaffung einer Mutterschaftsversicherung;
- c) Schaffung einer Arbeitslosenversicherung;
- d) Witwen- und Waisenversorgung.

Eine von Emma Jhrer in der Diskussion begründete Resolution, die sich gegen den vorgelegten Arbeitskammergesetzentwurf wendet und worin eine gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse verlangt wird, die für Arbeiter und Arbeiterinnen das gleiche Recht zur Geltung bringt, gelangte gleichfalls einstimmig zur Annahme.

Es verbleibt uns nun noch, in einem Schlussartikel die übrigen Gegenstände des Kongresses einer kurzen Betrachtung zu unterziehen.

## Die freien Gewerkschaften 1907.

Das „Correspondenzblatt“ gibt nunmehr die endgültigen Zahlen über die Mitglieder- und Massenverhältnisse der freien Gewerkschaften im Jahre 1907 bekannt. Danach ist die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände von 1 709 293 am Jahreschlusse 1906 auf 1 873 146 Ende 1907 gestiegen, woraus sich eine Zunahme um 73 853 ergibt. Im Jahresdurchschnitt 1907 betrug die Mitgliederzahl 1 805 506 (gegen 1 689 709 im Durchschnitt 1906) — eine Zunahme von 115 797. Diese Zunahme, obwohl sie hinter derjenigen der Vorjahre etwas zurückbleibt, ist noch immer eine recht ansehnliche, die das Märchen vom Rückgang der Gewerkschaften genügend widerlegt. Die Gesamteinnahmen aller Zentralverbände stiegen von 41 602 939 M. (1906) auf 51 396 784 M. im Jahre 1907. Die Gesamtausgabe erreichte im Jahre 1907 43 122 519 M. (gegen 36 963 113 M. in 1906). Der Vermögensbestand aller Verbände hob sich von 25 312 634 M. (1906) auf 33 212 545 M. Ende 1907. Die Finanzentwicklung der Gewerkschaften war also eine sehr günstige. Trotz der Ungunst der Wirtschaftslage im Vorjahre sind ansehnliche Fortschritte aufzuweisen.

Zu nachfolgender Tabelle geben wir eine Zusammenstellung der Mitgliederzahlen von Ende 1906 und 1907, Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände sämtlicher Zentralverbände wieder:

Organisation der	Mitgliederzahlen am Schlusse des		Jahres- einnahme f. Vereins- zwecke	Jahres- ausgabe	Ver- mögens- bestand
	4. Quart. 1906	4. Quart. 1907	997.	997.	997.
Wipplbauer	660	484	10 741	5 537	7 055
Bäder und Montoren	16 019	17 903	345 232	345 592	135 721
Barbiere	1 929	2 271	38 026	41 190	16 583
Bauhilfsarbeiter	84 611	73 464	1 490 297	1 496 738	869 703
Bergarbeiter	110 247	111 476	1 777 845	1 686 780	2 013 720
Bildhauer	4 965	4 999	251 181	286 786	83 169
Bildner	315	724	5 144	3 320	3 583
Blumenarbeiter	8 075	7 919	188 634	163 021	84 114
Böcher	28 602	33 177	775 644	590 249	452 132
Büchsenarbeiter	20 471	22 059	489 441	348 651	255 000
Buchdrucker	49 482	53 529	3 065 345	2 060 470	6 262 000
Buchdruckereihilfsarb.	12 689	14 213	265 232	116 653	292 463
Bureauangestellte	1 188	1 422	14 444	16 763	10 292
Dachbeder	6 412	6 167	174 553	170 282	69 447
Fabrikarbeiter	123 215	126 885	2 488 697	1 769 011	1 311 468
Feinformer	2 933	3 066	35 335	34 831	7 118
Formstecher	496	429	22 017	14 912	23 500
Gärtner	4 830	4 739	92 628	91 687	19 082
Gewinnungsgehilfen	6 368	6 702	158 075	140 736	70 760
Gewinnungsgehilfen	23 298	26 207	408 823	356 615	244 641
Gewinnungsgehilfen	14 252	16 990	284 318	168 981	105 396
Glasarbeiter	4 970	4 671	112 725	117 108	46 616
Gartenarbeiter	25 222	27 381	896 023	831 617	113 657
Handlungsgehilfen	6 692	8 194	84 841	83 307	14 096
Handschuhmacher	3 686	3 534	83 080	93 673	77 320
Holzarbeiter	151 717	147 892	7 785 796	7 408 284	2 712 990
Hotelbediener	2 951	3 253	44 035	39 022	41 615
Leinwandarbeiter	6 806	6 803	182 273	169 135	255 079
Leinwandarbeiter	4 061	4 072	110 863	84 344	124 657
Maler	1 507	1 551	45 080	29 187	39 121
Maler	7 952	7 474	231 029	226 842	67 004
Maler	15 798	15 939	386 015	376 003	712 044
Maler	34 769	35 817	913 108	728 623	622 182
Maler	11 859	12 301	377 229	341 822	134 125
Maler	183 747	180 732	5 018 900	3 791 974	1 791 085
Metalldreher	185 075	192 204	11 556 819	9 780 952	4 696 006
Metalldreher	2 764	—	76 742	66 102	—
Metalldreher	5 884	4 544	113 082	98 771	95 067
Metalldreher	451	415	26 176	34 342	28 613
Metalldreher	694	419	10 085	13 180	6 624
Metalldreher	3 077	3 465	84 489	45 977	146 264
Metalldreher	14 169	14 458	383 887	416 012	245 839
Metalldreher	6 430	7 019	188 715	163 113	117 378
Metalldreher	3 616	3 715	81 327	64 370	96 591
Metalldreher	666	459	5 122	2 771	4 369
Metalldreher	17 686	18 743	422 264	345 641	152 277
Metalldreher	36 078	40 271	637 337	719 516	81 311
Metalldreher	5 991	—	36 629	46 359	—
Metalldreher	15 322	18 158	696 979	533 218	422 979
Metalldreher	7 132	6 575	187 570	254 350	29 389
Metalldreher	17 792	18 449	409 650	359 191	471 098
Metalldreher	9 577	10 253	296 023	211 000	217 982
Metalldreher	8 041	7 768	165 680	123 004	186 944
Metalldreher	82 762	29 922	814 528	75 843	122 029
Metalldreher	8 008	8 471	240 587	246 371	123 680
Metalldreher	111 512	126 440	1 654 447	1 225 152	591 655
Metalldreher	11 934	11 319	298 378	409 127	77 907
Metalldreher	81 784	88 961	1 570 913	1 098 254	571 931
Metalldreher	458	498	11 215	8 017	34 339
Metalldreher	2 727	2 901	83 196	67 631	86 196
Metalldreher	52 377	57 172	1 637 390	1 348 191	1 610 282
Metalldreher	979	1 381	17 562	14 132	12 517
<b>Gesamt</b>	<b>1 709 293</b>	<b>1 873 146</b>	<b>51 396 784</b>	<b>43 122 519</b>	<b>33 122 545</b>

Unsere Organisation kann sich bezüglich Mitgliederzunahme in dieser Zusammenstellung durchaus sehen lassen, und auch die Finanzen haben sich erfreulich gesteuert.

Eine besondere Betrachtung unseres Jahresabschlusses ist bereits in Nr. 15 der „Gewerkschaft“ erfolgt. Wir haben nun 2000 Mitglieder oder 12,74 Proz. zugenommen. Das erste Quartal 1908 brachte uns einen weiteren Zuwachs von 1033 Mitgliedern.

Die Gesamtzunahme für alle Organisationen beträgt 4,4 Proz., während im Jahre 1906 die Mitgliederzunahme noch 3,89 Proz. oder 26 Proz. betrug. Die Wirtschaftslage hat wohl sicher die Verlangsamung des Zuwachses hervorgerufen, der übrigens bei den gewerkschaftlichen Organisationen ebenso stark in die Erscheinung tritt.

Natürlich kann die „Arbeitgeberztg.“ ihre Freude darüber nicht verhehlen. Sie hebt also an: „In der Ausbreitung der freien Gewerkschaften ist eine Stagnation, wenn nicht ein Rückgang eingetreten. Die Zahl der Industriearbeiter in Deutschland wird gegenwärtig auf 9 Millionen geschätzt. Davon betrachtet man im allgemeinen 7 bis 7½ Millionen als organisationsfähig. Tatsächlich organisiert sind nicht viel über 2 Millionen, und zwar 1½ Millionen in den sozialdemokratischen, 370 000 in den christlichen Gewerkschaften und 100 000 in den kirchlichen Gewerkschaften.“ Alsdann macht sie sich lustig über die Fluktuation in den Mitgliederbeständen. Nun, die deutschen freien Gewerkschaften werden schon dafür sorgen, daß diese Freude nicht lange währt. Wenn mit erhöhtem Eifer weiter gearbeitet wird wie bisher, wenn das Unterstützungswesen weiteren Ausbau erfährt und die finanzielle Basis durch höhere Beiträge weiter geträgt wird, dann wird der „Arbeitgeberztg.“ die Lust vergehen, sich über die Mitgliederfluktuation mit uns zu unterhalten. Wir wissen wohl, daß die unbeständigen Arbeitsverhältnisse viel zu dieser Fluktuation beitragen. Wir wissen aber auch, daß bei äußerster Anspannung in der Agitation nicht nur, sondern auch in der Weiterbildung der Mitglieder der modernen Organisationen ihren Stamm treuer, zuverlässiger Mitglieder derart erweitern werden, daß sie allen Stürmen gewappnet gegenüberstehen. Zugegeben, daß wir in den beiden vorletzten Ausperrungsjahren so manchen unsicheren Kantonten durch die Arbeitgeber in unsere Reihen bekommen haben, indem sich mancher aus Furcht vor oder nur infolge von Ausperrungen uns anschloß. Aber die erzieherische Arbeit durch Gewerkschaftspreise, Vorträge und sonstige aufklärende Materialien wird nicht erlahmen, und diese Arbeiter dauernd an unsere Fahne zu fesseln, sie selber zu heranzubilden zu tüchtigen Gewerkschaftlern, die ihrem Verband in Freud und Leid, in Not und Kampf zur Seite stehen.

## Auch die Waldarbeiter marschieren!

Am Sonntag, den 5. Juli, fand im Göttinger Gasthaus in Hildesheim eine öffentliche Waldarbeiterversammlung statt. Lange schon vor Eröffnung war der Saal zum Erdrücken voll und nach der Ansage ortseingetragener Leute hat Hildesheim noch niemals eine solche imposante Versammlung gesehen. Wenn man die Sprengelkolonne, die fortgeschrittenweise der Bauernbund bereit hielt, in Abzug bringt, so waren mindestens 300 Waldarbeiter versammelt.

Als Referenten waren Landtagsabgeordneter Franz Schmitt, der schon seit einer Reihe von Jahren im Landtag für die Interessen der Holzarbeiter eingetreten ist, sowie Gauleiter A. Sebalb-München erschienen. Zunächst erspaltete Franz Schmitt in sachlicher Art sein Referat über die Verhältnisse der in den bayerischen Staatsforsten beschäftigten Waldarbeiter, über die notwendigen Verbesserungen und die hierzu einschlägigen Landtagsverhandlungen. Als er mit der Aufforderung schloß, die Waldarbeiter mochten durch eine das ganze Reich umfassende Organisation mithelfen, daß den vielerlei Beschwerden je eher desto besser abgeholfen werden könnte und damit die vielen Klagen, von denen man bisher in der Öffentlichkeit nur wenig oder gar nichts vernahm, auch an den richtigen Schmied kommen, wurde ihm reichlich zustimmender Beifall zuteil.

Der in einer früheren Versammlung bedeutend unter die Räder geratene bauerndemokratische Landtagsabgeordnete Eisenberger, der in Hildesheim anfangs ist, war mit einer dickleibigen Astenmappe erschienen. Und weil jedem Menschen das Recht zusteht, sich so gut zu blamieren, als er kann und man im vornherein schon mit dem Auftreten Eisenbergers gerechnet hatte, so wollte man diesem auch genügend Zeit geben, seine Ausführungen zu machen. Man trat also gleich in die Diskussion ein, und Eisenberger ergriff natürlich gleich das „Wort“. Obwohl es sich um eine Waldarbeiterversammlung handelte, sprach er nur vom Bauernstand, Steuern, Grundbesitz und dergleichen. Nur so zwischen hindurch bemerkte er einmal, daß die Waldarbeiter keine Ursache zu Klagen hätten, aus welchen Ausführungen die Waldarbeiter zur Genüge sehen konnten, daß sie von dieser Seite keine Förderung ihrer Interessen erwarten können.

Mollge Sebalb stellte dies auch zur Genüge fest und zählte eine ganze Reihe von wichtigen Verhältnissen auf, die anscheinend dem ortseingetragenen Bürgermeister und Landtagsabgeordneten Eisenberger völlig unbekannt waren. Und was die Sache noch ver-



schlimmert, daß diese Dinge später dann von Eisenberger als „Miß“ zu rechtfertigen versucht wurden. Stürmische Heiterkeit erscholl, als Sebald in Kritik der Eisenbergerschen Ausführungen fragte, ob denn auch hier in Mautholding die „Zwischenhändler“ ihr Unwesen trieben, nachdem im Vergleich zu München kein Unterschied in den Fleischpreisen festzustellen sei. Meistens aber handele es sich heute nicht darum, derartige Fragen zu ventilieren, sondern es handle sich um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Waldarbeiter. Er wolle deshalb die Gelegenheit nicht versäumen, auch an Herrn Eisenberger zu appellieren, er möchte seinen Einfluß geltend machen, daß in Zukunft auch die Bauernbündler den Interessen der Arbeiter und insbesondere auch der Waldarbeiter mehr Rechnung tragen. (?)

Auch Abgeordneter Schmitt betonte, daß man nicht zusammengekommen wäre, um in Parteipolemiken zu machen, denn da hätte er sein Referat auf einen ganz anderen Ton gestimmt. Eisenberger mußte zugeben, daß sich das Referat sehr sachlich gestaltet habe. Er kam dann auf allerlei „Nichtverdautes“ von den Steuerleistungen der verschiedenen Stände, um dann schließlich beim Terrorismus zu landen; er dachte wohl an die preussischen Landtagswahlen.

Im Schlusswort gepöbelte dann Sebald noch einige dieser „Stilbluten“, was der dauernd bühnenfremde Sprengkolonne aber über die Dufschaur ging. Es trat ein kleiner Tumult ein, den — schlauneweise der Ortspfarrer, der bislang teilnahmslos in der Ecke gesessen hatte, benützen wollte, für sich Kapital herauszuschlagen. Schlantweg und ohne viele Umschweife schwang er sich auf den nächsten Tisch und wollte seinen „lieben Mautholdingern“ plausibel machen, wie schön in dieser abgeschiedenen Republik Mautholding alles im Geiste sei; wir brauchen keine Fremden, wir bleiben auch in Zukunft unter uns usw. Und als treuer Diener derer vom Gelbfad stellte er die Frage, ob einer da sei, der sich beklagen könnte.

Aber da fiel ihm auch schon ein stämmiger Sohn der bayerischen Berge in die Rede und hielt dem Pfarrer die Dinge vor, wie sie in Wirklichkeit liegen. Es war wirklich ein großartiger Moment, wie ein schlachter Holzhauser unter dem Beifall seiner Kollegen so unmittelbar und wirkungsvoll die Zustände schilderte, was aber den Pfarrer veranlaßte, eiligt von der improvisierten Rednertribüne herunterzusteigern.

Als sich der Värm etwas gelegt hatte, fuhr Sebald in seinem in dieser Art unterbrochenen Schlusswort weiter, indem er auf die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Organisation aufmerksam machte und zum Beitritt aufforderte. Und als er auf die Zahl der nunmehr schon der Organisation angehörenden Waldarbeiter hinwies und mit einem „Noch“ auf deren Solidarität schloß, da stimmten die Holzhauser und Waldarbeiter dröhnend ein. Zahlreiche Aufnahmen bildeten den Erfolg des Tages, wobei noch zu bemerken ist, daß vielen Holzhausern erst durch das Auftreten des Orts Pfarrers, der alles beim „Alten“ lassen wollte, die Augen geöffnet wurden. Und mit der unsern herrlichen Gebirgsbewohnern eigenen „Gradsheit“ meinten sie: „So, jetzt erst recht.“

Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 26. Juli, vormittags im gleichen Lokale statt. Gauderer Sebald wird die einzelnen Paragraphen des Statuts erklären. Außerdem findet die Wahl einer Comandantur sowie Besprechung über die Forderung der bisherigen Lohnaufzahlung statt. Zutritt haben nur Mitglieder und solche Waldarbeiter, die dem Verbands beitreten wollen.

## Notizen für Gasarbeiter.

Der Gasarbeitersaustausch in Budapest ist nach glücklicher Dauer beendet. Infolge einer Intervention der Regierung hat die Gasanstalt sämtliche Arbeiter, so teilt der „Vorwärts“ mit, wieder aufgenommen, mit Ausnahme einer geringen Anzahl, die während des Streiks Ausfahrungen verübt und der Gasanstalt Schaden zugefügt haben sollen. Aus dem „Fester Cloud“ ersehen wir aber, daß die Direktion den für sie glücklichen Ausgang des Streiks nunmehr zu den unversöhnlichsten Zumutungen an die Arbeiter mißbraucht. Sie hat nämlich folgenden Kasus erlassen, den wir hiermit niedriger hängen: „Sie, als unser gewesener Arbeiter, kündigten gemeinsam mit Ihren Genossen für den 1. Juli l. J. unseren am 15. Juli 1905 geschlossenen Lohnvertrag, welcher damit zu Ende ging. Wir hatten Sie aufgefordert, wenn Sie über den 1. Juli hinaus die Arbeit fortsetzen wollten, sich zu melden und die neue Lohnregulativ zu unterschreiben. Dieses neue Lohnregulativ sieht im Vergleich mit dem früheren Lohnvertrage unseren Arbeitern nach allen Richtungen hin erhebliche Vorteile. Diese Vorteile, den höheren Lohn und die kürzere Arbeitszeit, haben wir freiwillig, aus eigenem Wohlwollen (?) unseren Arbeitern angeboten, denn die Voraussetzung, daß die Organisation Sie uns erpreßt habe, ist eine Ihre Einführung beabsichtigende Erfindung. Auf unseren Aufruf, die Arbeit fortzusetzen, haben Sie nicht nur sich nicht gemeldet, sondern Sie haben die Arbeit am 1. Juli im Stiche gelassen und sich aus unserer Fabrik entfernt. Sie entfernten sich aus dem Grunde, weil wir von unserem diesbezüglichen Rechte Gebrauch gemacht haben und 27 schlechte Ar-

beiter nicht in unsere Fabrik zurücknehmen wollten. Unter so vielen hundert schlechten Arbeitern wollten wir bloß 27 nicht zurücknehmen. Indem Sie mit Ihren Genossen unsere Fabrik verließen, nötigten Sie uns, durch die Aufnahme neuer Arbeiter für die Fortsetzung des Betriebes zu sorgen, was auch geschehen ist. Wir haben keinerlei Verpflichtung, Sie anzustellen. Wir tun es dennoch ausschließlich aus dem Grunde, weil wir dem Herrn königlich ungarischen Ministerpräsidenten versprochen, daß wir bei der Aufnahme der Arbeiter Billigkeit üben werden. Wenn man Ihnen und Ihren Genossen sagt oder sagte, daß wer immer Ihre Zurücknahme ausbedungen habe, daß wir hinsichtlich der Zurücknahme wenn immer gegenüber eine Verpflichtung übernommen hätten, so ist das eine Erfindung. Sie und Ihre Genossen haben uns großen Schaden verursacht; bei diesem Anlasse wollen wir noch einmal davon absehen, Ihnen gegenüber Retorsion zu üben. Wir machen Sie aufmerksam, sich in Zukunft eines ordentlichen Arbeiters würdig zu betragen, Ihren Vorgesetzten gegenüber sich anständig zu benehmen und die Ihrem Lohne entsprechende Arbeit zu versehen. Sitten Sie sich vor der Verböhnung oder der Mißhandlung Ihrer Genossen. Wir werden auch die geringste Verfehlung gegen die Disziplin ahnden; die auch nur mit Worten verübte Intimidation Ihrer Arbeitsgenossen werden wir mit sofortiger Entlassung strafen. Das wollten wir zu Ihrer Kenntnis bringen, indem wir erklären, daß wir geneigt sind, Sie neuerdings als Arbeiter zu verwenden. Wenn Sie unser, rein aus Wohlwollen, ohne jede Verpflichtung gestelltes Anerbieten annehmen, so unterschreiben Sie nach aufmerksamer Durchsicht das beige geschlossene „Lohnregulativ“, welches die die Verordnung ergänzenden Bedingungen Ihrer Anstellung enthält. Mit dem unterschriebenen „Lohnregulativ“ und Ihrem Arbeitsbuche melden Sie sich am . . . dieses Monats, vormittags 9—12 Uhr in jener unserer Fabrik, in welcher Sie früher angestellt waren. Sinfachlich Ihrer Einteilung wird die Fabrikleitung verfügen. Budapest, 8. Juli 1908. Die Direktion der Budapest Gasfabriken.“

Die Herren von der Direktion haben mittels der militärischen Aushilfe sowie der ruthenischen und galizischen Streikbrecher es wirklich dahin gebracht, die Arbeiter für diesmal klein zu kriegen. Nun will man sich an den unterlegenen Arbeitern auch noch rächen. Von 1011 Arbeitern, die in den Streit getreten waren, hat die Direktion nur 710 wieder angenommen. Noch dazu verbittet man den Zurückbleibenden die Arbeit durch brutale Drohungen, wie sie in obigem Schreiben jedem der wieder eingestellten Arbeiter zugegangen sind. Wir wollen hoffen, daß unsere ungarischen Kollegen trotz alledem oder gerade nun erst recht sich fester wie bisher um die Organisation scharen, um den empfangenen Schlag über kurz oder lang beugen zu können. Eine Interpellation seitens der sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten über die unstatthafte Verwendung von Militär zu Streikbrecherdiensten ist eingeleitet. — Von unserer Seite sind den ungarischen Kollegen umgehend 1020 Mark = 1200 Kronen zugesandt worden.

## Aus den Stadtparlamenten.

Berlin. Die Deputation für die städtische Straßenreinigung vollzog in ihrer letzten Sitzung eine Anzahl Beschlüsse. Unter anderem wurden die im August vorigen Jahres von den Angehörigen des Arbeiterausschusses überreichten Anträge, auf Neuregelung der Löhne und Arbeitszeit abgelehnt, abgelehnt. Von sozialdemokratischer Seite wurde bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß unmittelbar nach den Ferien die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag bei der Stadtverordnetenversammlung einbringen werde, dahingehend, allgemein in allen Gemeindebetrieben eine Neuregelung der Arbeitszeit, des Minimallohnes, der Lohnstala und der Lohnzahlung herbeizuführen, basierend auf gleichen Grundsätzen. Nachdem die Aufseher der Straßenreinigung im Samariterdienst ausgebildet sind, soll auch das Arbeitspersonal soweit wie möglich die gleiche Ausbildung erhalten. Somit dürfte in Zukunft bei Unglücksfällen auf der Straße allenthalben sachgemäße erste Hilfe zur Stelle sein und geleistet werden können.

## Aus unserer Bewegung.

Badreuth. Eine gutbesuchte allgemeine Mitgliederversammlung unserer Zentrale fand am 27. Juni in der Zentralthalle statt. Kollege Rebold Nürnberg referierte über: „Die Lage der Gemeindegewerkschaft“. Er legte den Anwesenden klar, wie nötig die Organisation ist, um bessere Verhältnisse für die städtischen Arbeiter herbeizuführen. Ferner freiste Medner die Gemeindegewerkschaft im kommenden Herbst und ihre Bedeutung für die städtischen Arbeiter. Medner Verfall wurde ihm zuteil. Im Besonderen wurde beschlossen, zu den nächsten Staatsberatungen eine Delegation betr. einer allgemeinen Arbeitsordnung für sämtliche städtischen Arbeiter an den Magistrat zu richten, was von sämtlichen Anwesenden einstimmig angenommen wurde. Zum Schluß forderte Medner die

Kollegen nochmals auf, in der Agitation nicht zu erlahmen, sondern ungesäumt weiter zu arbeiten, bis der letzte Mann unserem Verbande zugeführt ist.

**Berlin.** Die Kollegen von der Gasanstalt Schmargendorf besaßen sich am 7. Juli mit der Wagnahme der Verwaltung, den erkrankten Arbeitern den Urlaub vorzuenthalten. Die durch die Magistratsverfügung vom 17. November 1905 getroffene Bestimmung, daß in den Fällen, wo es zweifelhaft sein kann, ob nicht ein doppelter Urlaub in Frage kommt, weil bereits eine als Erholungsurlaub zu erachtende Arbeitsunterbrechung stattgefunden, dem Magistrat zur Entscheidung vorzulegen ist, scheint die Verwaltung des Gaswerks Schmargendorf nicht zu kennen. Hier eröffnet die Verwaltung dem kranken Arbeiter, ohne sich nach der angezogenen Verfügung zu richten, daß der Urlaub erst auf ein besonderes Gesuch (sonst nicht) gewährt werde. Die Gesuche, die auch von einer Anzahl Arbeitern unterschrieben wurden, richten sich nur an die Direktion der Gaswerke. Denn daß diese Gesuche durch die Betriebsverwaltung der zuständigen, allein entscheidenden Stelle, dem Magistrat unterbreitet werden, dürfte billig bezweifelt werden. Hier wird eben eine der Willkürlichkeiten unterer Beamten in Szene gesetzt, die auch schon von der Direktion des Schlacht- und Viehhofes berichtet wurde. Derselbe ist aber erfolgreich Widerstand geleistet worden. Gegen den von dem Arbeiterausschuß eingebrachten Antrag über Behandlung dieser Angelegenheit sucht der Herr Betriebsdirektor Kensing jetzt schon zu operieren. In der beliebigen Weise erklärt der Herr öffentlich, um die Mitglieder des Arbeiterausschusses zu beeinflussen, daß es eine Lüge sei, es werde keinem Arbeiter wegen Krankheit der Urlaub entzogen. Wozu zwingt denn derselbe Herr die Arbeiter, erst ein Gesuch um Gewährung des Urlaubs zu unterschreiben, wenn denselben der Urlaub nicht entzogen werden soll. — Der Arbeiterausschuß erstattet hierauf Bericht über die letzte Sitzung. Auf die dort verhandelten Anträge ist auch schon der durchweg ablehnende Entscheid der Direktion eingegangen. Daß damit die Verhältnisse im Betriebe nicht abgeklärt sind, bedarf keiner Frage. Als neue Anträge für den Arbeiterausschuß wurden aufgestellt: 1. Über den auszahlenden Lohn soll jedem Beschäftigten eine Aufrechnung gewährt werden. 2. Der Betriebsdirektor soll im Bureau Sprechstunden für die Arbeiter einrichten. Damit soll vermieden werden, daß, wie schon passiert, die Kollegen zu unregelmäßiger Zeit kommen und dann in wenig höflicher Weise hinausgewiesen werden. Die Klagen über ungenügende Waschgelegenheit, besonders der Sandwerker, erfahren ebenfalls keine Berücksichtigung. Die Zustände spotten hier jeder Beschreibung. Außerdem zu verlangen wäre hier, wie in allen größeren Betrieben durchgeführt, für alle mit besonders schmutzigen Arbeiten beschäftigten Personen vor Schluß der Arbeit eine Waschanlage zu gewähren. Auch wurden Klagen über das wenig anständige Benehmen einzelner unterer Beamten laut. Mit einem Appell, die Organisation, wie in anderen Gasanstalten, so zu stärken, daß sie achtunggebietend alle Rechte, die den Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zustehen, nachdrücklich vertreten können, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

**Düsseldorf.** Mit dem Beschluß der Gewerkschaftskommission betreffend Einführung eines 5 Pfennigertariffes für den Neubau des Gewerkschaftshauses befaßte sich die am Sonntag, den 6. Juli 1908, stattgefundene Mitgliederversammlung. Genosse Treier von der Baukommission gab einen ausführlichen Bericht über den Stand der Bauangelegenheiten des neuen Gewerkschaftshauses. Er hob besonders hervor, daß hier in Düsseldorf die Gegner mit allen Mitteln dahin arbeiten, um dieses Projekt zu hintertreiben. Der Bauplan sei für 340.000 Mk. veranschlagt. Die erste Hypothek im Betrage von 600.000 Mk. ist von der Stadt Düsseldorf übernommen worden. Es handelt sich nun noch um eine zweite Hypothek von 1.000.000 Mk., jedoch sind die Verhandlungen mit mehreren Bankfirmen durch den Eintritt der Geldkrise wieder zurückgegangen. Es hat sich dadurch die Anbahnung des Baues wiederum verzögert. Der Barmherzige Bankverein hat sich nun bereit erklärt, die zweite Hypothek zu übernehmen. Derselbe hat aber hieran die Bedingung gestellt, daß die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen sich noch besonders finanziell an diesem Unternehmen beteiligen, und zwar durch Einführung eines 5 Pfennigertariffes. Zudem sollen von der Gewerkschaftskommission Obligationen, zu 5 Proz. verzinst, in Form von Anteilscheinen zu 20 bis 40 Mk. bis zum 1. Oktober 1909 ausgegeben werden. Referent führte noch aus, daß bis jetzt alle Organisationen, soweit dies zur Beratung stand (mit Ausnahme der Bauhilfsarbeiter), den Beschluß der Kommission angenommen hätten. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit des Baues hervorgehoben, jedoch sprachen sich mehrere Redner gegen die Einführung des 5 Pfennigertariffes aus, da doch die Lebenslage der Gemeindeglieder nicht die richtige sei und Löhne von 3 Mk. keine Seltenheit wären. Die Versammlung beschloß, die Abstimmung über den Ertragsbeitrag als 1. Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung zu setzen. Es wird erwartet, daß sich sämtliche Mitglieder zu dieser Abstimmung einfinden. Zudem wurde den Mitgliedern anheimgegeben, die Kommission durch

Abnahme von Anteilscheinen tatkräftig zu unterstützen und wurde hierzu eine besondere Kommission gewählt, welche mit dieser Angelegenheit betraut wurde. Alsdann hielt Kollege W. Wegfahrt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die deutsche Arbeiterversicherung“. Er betonte in seinen Ausführungen, daß besonders die Stadtverwaltungen dazu übergehen, durch Einführung von Betriebskrankenkassen den städtischen Arbeitern das wenige Selbstverwaltungsrecht, das ihnen in den Ortskrankenkassen zusteht, zu beschneiden. Auf die Verwaltung der Unfall- und Invalidenversicherung haben die Arbeiter bei dem heutigen System ohnehin keinen Einfluß. Aufgabe der städtischen Arbeiter ist es jedoch, durch ein geschlossenes Zusammengehen im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter dafür zu kämpfen, daß das heutige System, das die Selbstverwaltung hindert und verewaltigt, beseitigt wird. Vom Kollegen W. wurde die gutbesuchte Versammlung um 2½ Uhr geschlossen.

**Elberfeld.** Die am Freitag, den 3. Juli 1908, stattgefundene Mitgliederversammlung war leider nicht so besucht, wie man hätte erwarten können. Von mehreren Kollegen wurde hervorgehoben, daß besonders die Arbeiter der Straßenreinigung und des Abfuhrwesens durch Überstunden der Versammlung abgehalten werden. Kollege W. Wegfahrt regte deshalb an, die nächste Mitgliederversammlung an einem Sonntagvormittag abzuhalten. Es wurde in diesem Sinne beschlossen. Im weiteren beschloß die Versammlung, das diesjährige Sommerfest mit einem Picknick am Sonntag, den 26. Juni, zu feiern. Es wird erwartet, daß sich die Mitglieder mit ihren Familien vollzählig hieran beteiligen.

**Witten i. W.** Am 4. d. M. fand eine Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Allgemein wurde über die minimalen Löhne geklagt. Im Laufe des letzten Jahres hat die Stadtverwaltung auf eine Eingabe der organisierten Arbeiter die Löhne teilweise um 10 Pf. pro Tag erhöht. Von Sommerurlaub, Zahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld und sonstiger Arbeiterfürsorge ist nichts zu verzeichnen. Die Stadtverwaltung scheint von kommunaler Arbeiterpolitik gar nichts zu wissen. Zum nicht geringen Teil haben allerdings auch die Kollegen durch ihre Gleichgültigkeit dieses mit verschuldet. In fast allen umliegenden Städten herrschen für die städtischen Arbeiter weit günstigere Verhältnisse. Deshalb, Kollegen, tretet ein für Euer gutes Recht, streift die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit ab, indem Ihr Eure Versammlungen regelmäßig besucht. Viel haben wir nachgehoben, ehe wir den Kollegen anderer Städte auch nur annähernd gleichkommen. Den noch Indifferenten aber rufen wir zu: Organisiert Euch! Dann werden auch wir unsere Lage verbessern können.

## Rundschau.

**Etwas von unseren „Freunden“.** Am vorletzten Dienstag stand vor dem Schöffengericht Berlin abermals Termin gegen den Medakteur des „Regulator“, Gleichauf, wegen Verleumdung des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Genossen Schlade, an. Gleichauf ist am 17. März d. J. zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er behauptet hatte, Schlade habe sich durch ein Frühlings, das dem Werksleiter Blohm 100 Mk. gekostet habe, bestechen lassen. Gegen dieses Urteil legte Gleichauf Berufung ein. Im Berufstermin wurde ein Vergleich geschlossen, wonach Gleichauf erklärte, daß er seine Behauptung nicht aufrechterhalten könne; auch versprach er, keinerlei Vorwürfe mehr gegen Schlade aus dieser Angelegenheit zu erheben. Unmittelbar nun, nachdem Gleichauf zu 150 Mk. verurteilt war, brachte er im „Regulator“ vom 27. März er. zwei Artikel, in denen er von neuem die Verleumdungen gegen Schlade wiederholte. Wegen dieser Artikel strengte Schlade erneut Privatklage an. In der Verhandlung legte der Vertreter Schlades, Rechtsanwalt Dr. Weinmann, einen Artikel Gleichaufs vom 26. Juni er. vor, worin Gleichauf sich darüber lustig macht, daß Schlade zum Gericht laufe, um die Verurteilung Gleichaufs zu einigen Mark herauszupressen. Sodann kam er von neuem auf die Frühlingsangelegenheit zu sprechen. Die Frage des Richters, ob sich die Parteien nicht vergleichen wollten, verneinte der klägerische Vertreter: es sei dies unmöglich, da nach dem Vorgefallenen für Gleichauf ja der Grundbaß „ein Mann ein Wort“ nicht gelte. Denn unmittelbar nachdem er das feierliche Versprechen abgegeben hatte, keinerlei Vorwürfe in der Angelegenheit Blohm gegen Schlade mehr zu erheben, da er anerkenne, daß diese Vorwürfe unbegründet seien, habe er die Vorwürfe von neuem wiederholt und höhnisch angedeutet, daß ihm ja doch das erneute Verurteilen nur einige Mark kosten könne. Dieser Wortbruch Gleichaufs machte jedes weitere Verhandeln mit ihm unmöglich, da es nach dem Verhalten Gleichaufs kein Gebiet mehr gebe, auf dem ein sein Versprechen erfüllender Ehrenmann sich mit Gleichauf treffen könne. Das Gericht beurteilte Gleichauf zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat und Veröffentlichung des Tenors im „Regulator“. Während wurde ausgeführt, daß die von Gleichauf behaupteten Tatsachen unwahr seien, was er ja selbst anerkannt habe. Die Verleumdung der Verleumdung sei für Schlade die denkbar schwerste. Von einer Geldstrafe müsse abgesehen



werden, zumal Gleichauf selber höhnisch darauf hingewiesen habe, daß es ihm nichts ausmache, eine Geldstrafe von einigen wenigen Mark zu erhalten. Ueberaus belastend sei es, daß Gleichauf, unmittelbar nachdem er sich vor Gericht verpflichtet habe, die Angelegenheit ruhen zu lassen, unter Bruch des Versprechens von neuem Kläger schwer und in besonders hinterhältiger Art und Weise verleumderisch beleidige. — So wenig wir im allgemeinen geneigt sind, den Madi anzurufen oder den Gerichtspruch als Hilfsmittel gegen Verleumdungen anzusehen, im vorliegenden Fall wird dem Herrsch-Dunderjahn „Führer“ wohl für eine Weile die Lust vergehen, weiteres Ehrabschneiden zu betreiben. — Daß aber die Hemmeren Führer, die Sager und Konforten, ihre beleidigende Tätigkeit aufgeben, wagen wir nicht zu hoffen, denn die Herren machen das allemal indirekt, so daß man ihrer nicht so leicht habhaft werden kann. Außerdem spekulieren sie im vornherein darauf — daß man sie gehen läßt!

**Jubiläumstiftung.** Zum 100jährigen Jubiläum der Städteordnung beschloßen die städtischen Behörden von Brandenburg a. N. eine Gemeindestiftung von zunächst 10 000 Mk. zu errichten, aus der hilfsbedürftige Kommunalangestellte unterstützt werden sollen; zu diesen werden die Beamten, die Lehrer und die Arbeiter der städtischen Betriebe gerechnet. — Es fragt sich nur, ob für unsere Kollegen bei der Verückichtigung noch etwas übrig bleibt.

**Entwicklung der Warenpreise seit 1821.** Eine hochinteressante Zusammenstellung über die Entwicklung der Durchschnittspreise einer Anzahl wichtiger Marktwaren seit dem Jahre 1821 veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt München. Die ungeheure Preissteigerung fast aller Massenverbrauchsartikel, die in dem Sinken des Geldwertes bei weitem kein ausreichendes Äquivalent findet, wird daraus ersichtlich. Wir teilen im nachstehenden auszugsweise die Bewegung für die wichtigsten Artikel in Pfennigen mit:

Jahr/Jahr	Kindfleisch	Rindfleisch	Schweinefleisch	Eier	Butter	Äpfel	Äpfel	Äpfel
	kg	kg	kg	Stk.	Stk.	Stk.	kg	12 Stk.
1821/25	42	39	51	51	179	24	95	24
1831/35	46	46	59	49	199	19	105	22
1841/45	51	56	67	56	201	20	113	26
1851/55	57	60	82	67	237	25	131	33
1861/65	72	71	94	84	267	31	151	42
1871/75	107	118	134	114	384	41	201	64
1881/85	117	95	141	128	430	50	205	63
1891/95	123	116	135	125	419	50	206	70
1901/05	134	132	154	122	372	52	240	72
1906	150	158	178	127	417	60	248	80
1907	158	156	158	132	410	60	248	80

Jahr/Jahr	Kartoffel	Äpfel	Äpfel	Äpfel	Äpfel	Äpfel	Äpfel	Äpfel
	hl	l	dz	dz	dz	kg	Ster	dz
1821/25	270	14	1294	810	720	18	259	—
1831/35	262	14	1482	1002	1004	21	248	—
1841/45	360	11	1766	1197	1217	22	404	—
1851/55	404	11	2430	1946	1675	35	473	458
1861/65	393	13	1959	1394	1434	30	636	325
1871/75	459	18	2564	1912	1798	51	814	215
1881/85	430	19	1970	1092	1080	42	760	230
1891/95	462	19	1876	1585	1631	34	768	240
1901/05	443	20	1437	1468	1598	—	906	270
1906	588	20	1920	1738	1700	—	957	270
1907	477	20	2172	1919	1885	—	979	280

Nachdem man könnte einen beim Lesen dieser Zahlen ergreifen. Wo sind die guten alten Zeiten hin, wo das Pfund Rindfleisch 21 Pf., ein Tauben 21 Pf., ein Pfund Butter 17½ Pf., ein Ei 2 Pf. kostete? Verhältnismäßig am wenigsten sind noch die Getreidepreise gestiegen; doch ist, wenn man die ganze Periode ins Auge faßt, von einer allgemein sinkenden Tendenz, wie unsere Agrarier sie wieder und wieder behaupten, nichts zu spüren. Weizen stieg von 12,91 Mk. pro Doppelzentner im Jahresmittel 1821/25 auf 18,37 Mk. im Jahresmittel 1901/05 und sogar auf 21,72 Mk. im Jahre 1907. Roggen, die deutsche Hauptkörnerfrucht, von 8,10 Mk. auf 11,68 Pf. 1919 Mk., also auf mehr als das Doppelte. Zieht man die Gesamtheit der in Frage kommenden Waren in Betracht, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Geld- und Naturallohne der Landarbeiter nicht annähernd in dem gleichen Verhältnis gestiegen sind. Demnach hätte von einer Agrarierkrise niemals die

Rede sein können, wenn nicht eben die Bodenpreise unter Vornahme einer erhofften zukünftigen Preissteigerung der landwirtschaftlichen Artikel, zum Teil auch infolge der hohen sozialen Wertung des Grundbesitzes dauernd in die Höhe gegangen wären, so daß der Landwirt ein immer höheres Anlagekapital resp. Hypothekentonto zu verzinsen hat. So ist auch die letzte durch den neuen Zolltarif bewirkte Preiserhöhung der Agrarprodukte in einer allgemeinen Steigerung der Grundstückspreise in Deutschland zum Ausdruck gekommen, so daß der alte Jammer über mangelnde Rentabilität nun wohl bald von neuem losgehen wird.

Der zweite deutsche Städtetag fand am 6. und 7. Juli in München statt. Die wesentlichen Punkte der Tagesordnung waren: 1. Die Kreditverhältnisse der deutschen Städte, unter besonderer Berücksichtigung der Finanzverhältnisse, und der städtischen Anleihen. 2. Das städtische Fortbildungswesen. Für den ersten Punkt der Tagesordnung sprachen Stadtrat Dr. Böckl-Frankfurt a. M., Stadtrat Wiskoff-Danzig und Oberbürgermeister Huber-Fürth; über den zweiten Punkt der Tagesordnung referierten Stadtschulrat Dr. Merckel-München, Stadtschulrat Professor von-Dresden und Stadtschulrat Professor Michaelis-Berlin. Den Verhandlungen schloß sich die Besichtigung einer Reihe städtischer Einrichtungen an. Die aufreibende Tätigkeit des Städtetages ist durch verschiedene Festessen angenehm unterbrochen worden.

Ueber alkoholfreie Kantinen berichtet die Großherzoglich badische Regierung: Die Erfahrung lehrt, daß in Kantinen, in denen auch alkoholfreie Getränke verabreicht werden, die Mehrzahl der Besucher gewohnheitsmäßig diese Getränke bevorzugt. Hierbei wirkt in allen Fällen weniger die besondere Neigung mit, als die Trinksitte, von der nicht gerne abgewichen wird. Die Bediensteten, die einsehen, wie vorteilhaft die Enthaltensweise von alkoholfreien Getränken während des Dienstes in den kleineren Kassen in dienstlicher, gesundheitlicher und auch ökonomischer Hinsicht ist, begrüßen es daher freudig, daß ihnen der Kampf mit den Trinksitten in den alkoholfreien Kantinen erspart bleibt. Die Versuche mit der Einrichtung alkoholfreier Kantinen wurden vor einigen Jahren in Heidelberg auf eine aus dem Personal heraus gegebene Anregung hin begonnen. Die Erfolge waren recht günstig. . . . Auch die weiteren, an anderen Orten vorgenommenen Versuche bewährten sich. Die Verwaltung ging aus den dargelegten Erwägungen grundsätzlich dazu über, nur noch alkoholfreie Kantinen zu errichten. Zurzeit bestehen 11 solche Kantinen. Argend ein Druck, um das Personal zur Benutzung dieser Kantinen anzuhalten, findet nicht statt. Es bleibt jedem Bediensteten überlassen, seinen Bedarf anderweitig zu befriedigen und, soweit nicht die dienstlichen Bestimmungen entgegenstehen, auch alkoholfreie Getränke zu genießen. Eine Notwendigkeit zum Genuß solcher Getränke während der Dienstschichten liegt aber nach den getroffenen Einrichtungen nicht vor. Die Errichtung von Kantinen mit Ausschank alkoholfreier Getränke kann daher nicht als ein Bedürfnis angesehen werden, sie würde vielmehr den dienstlichen Interessen widersprechen. Die Abgabe von Zitronen findet in den Kantinen zum Teil jetzt schon statt. Der gegebenen Anregung entsprechend werden die Kantinenverwaltungen noch besonders angewiesen werden, der weiteren Ausdehnung dieser zweckmäßigen Einrichtung ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

## Eingegangene Schriften und Bücher.

Das Vereinsrecht, herausgegeben und erläutert vom Genossen Rechtsanwalt Heine-Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist in neuer und vervollständigter Auflage erschienen. Der Preis für das Büchlein beträgt 50 Pf. Es ist allen gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern zu empfehlen und wird auch allen übrigen, im Vereinswesen tätigen Staatsbürgern ein unentbehrlicher Ratgeber sein. Der Verfasser hat sein Buch für die Praxis bestimmt und er hat deshalb die Ausführungen der Regierungsvertreter zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes wiedergegeben. Das neue Gesetz soll in freibildlichem Geiste angelegt werden. Es ist deshalb die Pflicht aller derjenigen, die mit dem Gesetz zu tun haben, darüber zu wachen, daß die Absicht des Gesetzgebers nicht durch Schikanen und Kladderien untergeordneter Polizeiorgane hintertrieben wird. Dazu bedarf es der Kenntnis des Gesetzes und diese will die vorliegende Broschüre verschaffen.

Sozialistische Neudrucke. Unter diesem gemeinsamen Titel beabsichtigt unser Parteiverlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Reihe längst vergriffener Schriften herauszugeben, die als historische Dokumente zugleich so hohen literarischen Wert besitzen, daß sie heute noch das Interesse jedes Klassenbewußten Arbeiters verdienen und seine sozialpolitische Einsicht zu fördern geeignet sind. Als erstes Werk dieser Sammlung ist eben erschienen: „Der deutsche Bauernkrieg“ von Friedrich Engels, mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Preis broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

## Verbandstell.

### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

#### Zur Regelung von Grenzstreitigkeiten.

Der jetzt in Hamburg abgehaltene Gewerkschaftskongress hat bekanntlich auch die Frage der Grenzstreitigkeiten behandelt. Die hier angenommene Resolution enthält bestimmte Regeln, nach denen bei solchen Konflikten verfahren werden soll. Unsere Anschauungen sind da nicht in gebührender Weise gewürdigt worden, man hat vielmehr für unseren Verband spezielle Bestimmungen in die Resolution aufgenommen, die besonders dazu angetan sind, uns in unserer Aktionsfähigkeit zu beschränken. Unsere Delegierten auf dem Kongress haben sich wohl hiergegen gewandt, teils in der Diskussion, teils durch ihre Abstimmung, wir standen aber einer vollständig geschlossenen Phalanx gegenüber. An dem nunmehr gefassten Beschlusse ist ja für die nächsten Jahre nichts mehr zu ändern. Wir müssen daher versuchen, uns mit ihm abzufinden.

Unter unseren Mitgliedern hat der Beschlusse begreiflicherweise starken Unwillen und Ärger erzeugt. Verschiedene dieser Kollegen glaubten auch darauf hinweisen zu müssen, daß in diesem Beschlusse eine besonders neue Ausnahmebestimmung für uns geschaffen sei. Dem ist aber nicht so, denn der Kongressbeschlusse in der Grenzstreitigkeitsfrage ist eben nur eine Sanktionierung der Beschlüsse der Vorstandskonferenz vom Februar 1906. War der Konferenzbeschlusse für uns mehr speziell gehalten, so ist der Kongressbeschlusse allgemeiner, dem Sinne nach deden sich aber beide. Deshalb sind beide von uns bekämpft worden.

Wir haben schon zwei Jahre unter dem Beschlusse gearbeitet und uns redlich bemüht, Differenzen auf diesem Gebiete zu vermeiden. Bis auf Geringfügigkeiten ist uns das auch gelungen. Es besteht daher für uns gar keine Ursache, die Taktik in Grenzstreitigkeiten zu ändern. Nicht Beschlüsse, die oftmals gar nicht zu halten sind, sondern das ernste Bestreben, allen derartigen Streitigkeiten vorzubeugen und sie hintanzubehalten, kann hier wirksam wirken. Gegenseitige Verständigung und Ausgleich mit den feindlichen Verbänden haben bisher ein sehr gutes Auskommen ermöglicht, allerdings hat dabei unser prinzipieller Standpunkt zur Organisationsform nicht die nötige Berücksichtigung finden können. Mit der Zeit wird aber auch die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Betriebsorganisation eine andere, die Entwicklung wird das nötige tun und unsere Ansichten werden zu ihrem Rechte kommen.

Da dies vorläufig noch nicht der Fall ist, so werden wir wie bisher zu verfahren haben. Die regelrechte Verständigung mit den Funktionären der übrigen freien Gewerkschaften über die Abgrenzung der streitigen Gebiete ist eben im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung erforderlich. Im Grunde genommen bleibt für uns eigentlich alles beim alten resp. so wie es in den letzten beiden Jahren gewesen ist.

Zur Sache selbst wird ja ohne Zweifel der nächste Verbandstag Stellung nehmen und deshalb wäre es sicher sehr ratsam, die Diskussion über diese Frage bis dahin aufzuheben. Im übrigen ersuchen wir aber die Kollegen und Kolleginnen, in der bisherigen Weise weiter zu agieren, dafür zu sorgen, daß wir allenthalben an Mitgliedern zunehmen und in der bisher bewährten Art mit den anderen Organisationen hantieren und Frieden halten. Ganz selbstverständlich erwarten wir umgekehrt, daß die in Frage stehenden Verbände in der gleichen Weise verfahren wie wir. Geschieht das, dann müssen die Grenzkonflikte verschwinden, die doch der organisierten Arbeiterschaft keinesfalls zur Ehre und zum Vorteil gereichen.

#### Walдарbeiterorganisation.

In den letzten beiden Jahren sind von einer Anzahl unserer Kollegen in den verschiedensten Landesteilen Versuche unternommen worden zur Organisierung der Forst- und Walдарbeiter. Trotzdem die Bearbeitung dieses Gebietes mit ziemlich großen Schwierigkeiten verbunden ist, haben wir doch verhältnismäßig gute Erfolge zu verzeichnen gehabt.

Auf der vorletzten Konferenz der Zentralverbände sowohl wie auf dem jüngst abgehaltenen Gewerkschaftskongress ist nun zwar hinsichtlich der Organisierung der Forst- und Walдарbeiter der Beschlusse gefaßt worden, die Land- und Walдарbeiter zu einer selbst-

ständigen Organisation zusammenzufassen. Zurzeit existiert allerdings eine solche Vereinigung noch nicht.

Seitens mehrerer Zillalleitungen ist daher an uns die Anfrage gestellt worden, was angesichts dieser Sachlage ihrerseits zu tun sei. Wir haben hierzu Stellung genommen und halten es für ganz selbstverständlich, daß die angefangene Agitations- und Organisationsarbeit keinesfalls stehen gelassen werden darf, sondern ruhig fortgeführt werden muß. Sowie die Neugründung zur Geltung kommt, der Verband der Land- und Walдарbeiter also wirklich ins Leben tritt, haben wir uns von neuem mit dieser Frage zu beschäftigen. Vorläufig gilt es weiter zu arbeiten, auch die Interessen der Walдарbeiter zu vertreten wo das notwendig ist, um später diese Angelegenheit in entsprechender Weise und zum Nutzen der Beteiligten leichter regeln zu können. Also nicht gerastet in der Anwerbung neuer und der Stählung schon gewonnener Kräfte, damit man uns nicht nachfragen kann, wir hätten infolge dieses Kongressbeschlusses Passivität betrieben.

#### Unser fünfter Verbandstag.

Der im nächsten Jahre fällige Verbandstag findet bekanntlich laut Mainzer Verbandsbeschlusse in Dresden statt. Da eine ganze Anzahl Arbeiten zeitlich von demselben abhängen und auch manche Vorbereitung notwendig ist, hat der Verbandsvorstand beschlossen, den Verbandstag für die Woche vom 23. bis 29. Mai 1909 einzuberufen und dies schon jetzt bekanntzugeben.

Mehrfach schon haben wir darauf hingewiesen, daß die in die Mitgliedsbücher eingetragenen Beitragsmarken auch abzustempeln sind. Dem wird leider nicht in gebührender Weise Rechnung getragen. Dadurch wird aber einem eventuellen Mißbrauch bereits verkaufter Marken Vorlauf geleistet. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, an die Mitglieder erneut das Ersuchen zu richten, die Unterstempeler mit anzuhalten, einen sofortigen Stempelaufdruck auf die verkauften Marken, also eine Markenentwertung, herbeizuführen. Hierbei ist gleichzeitig darauf zu sehen, daß der Stempelaufdruck auch den unter dem betreffenden Wochenfelde vorgezeichneten freien Raum trifft, damit bei eventueller Loslösung von Marken nichts eintrefflich ist, ob eine Entrichtung des Beitrages für die fragliche Woche erfolgte. Besondere Bedeutung hat die Abstempelung für die Erhebung von Unterstempelungen und den Anspruch auf Rechtschutz. Außerdem ist darauf zu achten, daß bei der Erhebung von Unterstempelungen die Marken bis zur fälligen Woche geliebt sind.

In der Gauleitung ist jetzt eine endgültige Regelung für die Gaue Bremen, Düsseldorf und Hannover geschaffen. Verbandsvorstand und Ausschuss haben den Wunsch der Bremer Kollegen akzeptiert und den Kollegen Wilh. Weaschert-Parmen zur Führung der Gauleitung in Bremen bestimmt. Infolgedessen hat sich eine Versetzung des Kollegen Max Seinh. Hannover nach Düsseldorf und die Relaisung des Kollegen Fr. Weisner in Hannover erforderlich gemacht. Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Der Verbandsvorstand. J. A.: Albin Mohs.

#### Briefkasten.

H. Mannheim. Du naive Seele verläßt ja wieder einmal über „Abgründe“ von Eitlichkeit und Orts-Unkenntnis! Oder irrst dich? Adl. Gruß! E. T.

#### Totenliste des Verbandes.

Franz Vorhin, Berlin

† 24. Juni 1908 im Alter von 56 Jahren.

M. Hartmann, Mannheim

† 3. Juli 1908 im Alter von 61 Jahren.

Wilhelm Sittner, Dresden

† 2. Juli 1908 im Alter von 55 Jahren.

Otto Hühninghaus, Garmen

† 4. Juli 1908 im Alter von 48 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!